

Thorner Zeitung



Gegründet

anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Moder u. Vogelsz. 3.00 M., monatl. 1.00 M., frei ins Haus gebracht 2.50 M., monatl. 1.20 M., bei allen Postanstalten 3.00 M., monatl. 1.20 M., durch Brieftr. ins Haus gebr. 4.02 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Nr.: Thorner Zeitung. — Berichterst. Nr. 40.
Berantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmidt in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich: Martha Wendel in Thorn.
Druk und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ost. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespartene Kleinseite oder deren Raum 25 M., für Stellengefache u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 M., für Anzeigen mit Plakatvorlage 40 M. Neßlamen die Kleinseite 50 M. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorr.

Nr. 53

Dienstag, 4. März

1919

Neueste Nachrichten.

Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 3. März. (Dr.) Am 2. 3. nachts 12.45 Uhr drang eine polnische Patrouille von 8 Mann bis an den Kanal beim Kanalkrug vor und beschoss unsere Posten. Auf Verteidigungseuer zog sie sich zurück. Sonst keine besonderen Ereignisse. Am 2. 3. und die Nacht darauf hat sich nichts ereignet.

Bromberg, 3. März. (Dr.) Am 1. März vormittags besichtigte der Kommandeur des Grenzfußab schnittes Bromberg, Oberstleutnant von Dewitz, die Freiwilligen Kompanien des Grenzfußab schnitts 3, die sich aus Freiwilligen der Oste Schulz, Teterow, Krossen, Mittenwalde, Elsendorf und jener Gegend zusammensetzen. Die Truppen zeigten tadellose Haltung und Mannesacht. Auch ihre Leistungen fanden uneingeschränkte Anerkennung.

Die Präsidentschaftsfrage in Preußen.

Berlin, 3. März. (Dr.) Das Kabinett in Weimar beschäftigte sich Sonnabend Blättermeldungen zufolge auch mit der Präsidentschaftsfrage in Preußen. Es entschied sich angeblich für die Wahl eines preußischen Landespräsidenten.

Abschluß des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks.

Berlin, 3. März. (Dr.) Die Bergleute im Braunkohlenbergbau im Altenburger-Neustädter Revier beschlossen am Sonnabend mit überwiegender Mehrheit, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Aufruf der „Roten Fahne“ zum Generalstreik.

Berlin, 3. März. (Dr.) Der Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der „Roten Fahne“ zum Generalstreik auf. Zum Schlus heißt es: Nieder mit Ebert-Scheidemann-Koske! Nieder die Nationalversammlung! Macht den Arbeitern lohnt Euch nicht wieder einzwickeln, wenn neue Mittelmänner kommen, um mit dem Ebert-Scheidemann zu verhandeln. Lohnt Euch nicht wieder in den Arma fallen von dem Feinde, heize er, wie er wolle, heize er auch ein Unabhängiger. Das was Ihr jetzt fordert, darf Euch nicht versprochen werden, es muß geschehen.

Die Vertreibung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in der preußischen Landesversammlung.

Berlin, 2. März. (Dr.) Die Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der verschaffung gebenden preußischen Landesversammlung hat sich heute konstituiert und zum 1. Vorsitzenden den Genossen Adolf Hoffmann, zum 2. den Genossen Dr. Rosenfeld, zum Schriftführer den Genossen Stoecker und zur Kassiererin die Genossin Arendsee gewählt.

Außerordentlicher Parteitag der Unabhängigen in Berlin.

Berlin, 3. März. (Dr.) Der außerordentliche Parteitag der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde Sonnabend durch den Alterspräsidenten Zubeil eröffnet, der in erster Linie der Opfer der Revolution gedachte und als Aufgabe des Parteitages bezeichnete, das „Gebäude der Zukunft“ zu errichten. Als dann nahm der Parteidirektor Haase das Wort.

Von den Kämpfern um Windau.

Libau, 2. März. (Dr.) Die Pressestelle Libau meldet: Der Feind hat seine umfassenden Angriffe auf Goldingen dank der Tapferkeit der diesen Abgnin Verteidigenden aufgegeben und steht nur noch östlich der Windau.

Was soll das werden?

Die „Rote Fahne“ jubelt. Sie sieht die Streikslut immer mächtiger emporsteigen, um schließlich alle Dämme der „Gegenrevolution“ zu zerbrechen. Was indessen wichtiger ist als die fanatische Heze des Spartakusorgans, das ist ein Aufsatz des „Vorwärts“, der die Gewitterstimmung im Reiche untersucht. Das führende Blatt der Sozialdemokraten greift nichts mehr und nichts weniger als die Regierung Ebert-Scheidemann an, die nichts getan habe, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Es wird scharfe Kritik an der Tätigkeit der Nationalversammlung geübt, die sich mit Nebendingen beschäftige, soll eine großzügige sozial- und Wirtschaftspolitik in Angriff zu nehmen. In der Sache stimmt damit die Rede überein, die Richard Müller am 28. Februar in der Volksversammlung der U- und S-Röte Groß-Berlins gehalten hat. In ihr werden die Streiks als politische Mittel gekennzeichnet, deren Zweck es sei, die Regierung zu zwingen, die Errungenheiten der Revolution zu sichern. Sowohl der „Vorwärts“ wie Richard Müller beschuldigen die Unternehmer, daß sie passiven Widerstand üben, die Betriebe will legen, weil ihnen nicht mehr der Riesenprofit der Kriegsjahre zuflossen. Es mag schwärze haben im Unternehmertum geben, Menschen, denen der Gewinn alles und die Wertschaffende Arbeit nichts ist. Die Wirtschaftsmoral des Krieges hat solche Unternehmer geradezu gezeugt. Wenn sie ausgerottet werden, als Strandgut auf die Seite liegen, erleidet unsere Volkswirtschaft keinen Schaden. Allein es ist ungerecht, in Bausch und Bogen den Unternehmern den Vorwurf zu machen, daß sie passiven Widerstand üben, daß sie die Betriebe stilllegen, weil der Profit geschränkt sei. Wer diese Vorwürfe erhebt, sollte sich daran erinnern, daß vor dem Kriege viele Werke und Betriebe mit geringem Profit oder gar mit Verlust arbeiteten, ohne daß es den Unternehmern einfiel, passiven Widerstand zu üben. Im Gegenteil, sie verdoppelten ihre Anstrengungen, um aus dem gefährlichen Strudel herauszukommen, nicht zum wenigsten im Interesse der Arbeiter, die ihren gesicherten Verdienst behielten. Was jetzt läßt auf das Unternehmertum wirkt, das sind vielmehr die Drohungen mit der Sozialisierung, das heißt der Enteignung der Betriebe. Welches Unternehmen sollte angeblich dessen den Mut finden, neue Kapital einschüsse zu wagen, um die Werke von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft umzustellen?

Trotzdem behauptet der Vorwärts, die Erhöhung in Arbeitsscharen stamme daher, weil sie weiter gezwungen würden, hört der Industriekapitale zu sein. Um sich in der ganze Vorwärtsaufschwung kennzeichnend für die Art, in der bisher die Sozialdemokratie ihre Sozial- und Wirtschaftskritik übte. Einzelerscheinungen werden verallgemeinert, Behauptungen aufgestellt und daraus entstehende Folgerungen gezogen. Tatsächlich liegen die Dinge doch so, daß kein Unternehmer in Deutschland zurzeit weiß, wie er nach wirtschaftlich gefundenen Grundsätzen arbeiten soll. Ihm droht nicht nur die Vergesellschaftung, sondern er muß auch mit den Kosten rechnen, die das Reich der gesamten Wirtschaft in allen Verzweigungen aufzulegen will. Der Unternehmer kann nicht blind darauf losarbeiten. Er muß die Sicherheit der Verzinsung seines Betriebskapitals haben. Denn fehlt diese, so würde der Kapitalstock ausgezehrt und der ganze Betrieb arbeitete mit ungeeigneten Mitteln, das heißt, er müßte bald stillstehen. Wer das Kapital abwenden will, muß zunächst einmal Material und Wege des vollständigen Erfolges angeben. Wenn Deutschland unter dem Einfluß der Revolution allein zur Sozialisierung überginge, so wäre die

unvermeidliche Folge, daß Unternehmungsgeist, Wagemut und vielleicht auch das Kapital auswanderten. Was der Vorwärts und mit ihm die Anhänger des Kapitals wollen, ist nichts anderes, als das Pfad am Schwanze aufzuschirren. Wenn den Betriebsräten ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, so wird der Betrieb burokratisiert, das heißt schwerfällig und unübersichtlich gemacht. Der Unternehmer braucht Selbständigkeit und Entscheidlichkeit, was alles nicht eine kollegiale Behörde leisten kann. Dafür trägt der Unternehmer auch die Verantwortung. Wird der Betrieb sozialisiert, so hat er kein Interesse daran, neue Möglichkeiten, die sich ihm bieten, die er durch Gewohnheit oder Übung erkennt, auszubeuten. Allein die Verleidiger des Kapitalsystems sind für solche Einwände unzugänglich. Der Vorwärtsaufschwung erwartet alles Heil von einer demokratischen und sozialreformierenden Schnellarbeit der Nationalversammlung. Als ob Gesetze und Beschlüsse etwas wirkten könnten, wenn die Massen nicht wollen. Gelingt es nicht, die Arbeiter aufzuklären, daß der Weg, den sie durch Streiks zu erzwingen suchen, erst recht in die Irre führt, so vermag auch die Nationalversammlung keine Wunder zu wirken. Dabei sind wie in der Zwangslage, unsere Wirtschaft wieder aufzurichten zu müssen. Die Steuerleistungen, die wir allgemein zu tragen haben, sorgen schon dafür, daß sich keine unsozialen Gewinne aufzähmen. Insfern lohnt sich wohl von einer Sozialisierung reden, indem jeder verpflichtet und gezwungen sein wird, mindestens ein Drittel seines Arbeitseinkommens an den Staat zu leisten. Auch darüber besteht kein Streit, daß funktionelles Einkommen schärfer angefaßt werden soll. Das eine wie das andere ist aber nur möglich, wenn jeder seine Pflicht tut und arbeitet. Sonst vermag niemand zu sagen, was werden wird. Aus dem Zusammenbruch muß sich nicht notwendig eine neue elte erheben. Wenn der verschengende Feuersturm des Bolschewismus über eine gesunde und starke Wirtschaft hinwegfällt, so hinterläßt er eine Wüste, in der weder Baum noch Strauch gedeiht.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Essen, 1. März. Auf der Zeche König Ludwig in Böckel bei Recklinghausen ist die gesamte Belegschaft ausständig. Auf den Zechen Matthias Sillnes 1/2 und Matthias Stunes 3/4 streiken 900 Mann von 3300. Auf Zeche Ver. Welheim 490 von 1230. Die Gesamtzahl der Ausständigen belief sich bei der heutigen Frühstück auf 2960.

Düsseldorf, 1. März. Die vergangene Nacht sowie der heutige Tag sind vollständig ruhig verlaufen. Hente sind neue Karake Truppenteile hier eingetroffen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wird eine zuverlässige Tuppe aus freiwilligen gedienten Leuten gebildet.

Westfälische Spatzen im Panzerauto auf Reisen.

Frankfurt a. M., 3. März. (Dr.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kassel: In Bad Wildungen ist eine große Schar Spatzen im Panzerauto aus Westfalen eingetroffen. Sie sollen sich angeblich auf der Reise über Marburg nach der Gegend von Frankfurt befinden.

Wiederherstellung der Ordnung in Halle.

Berlin, 1. März. Die von der Reichsregierung entsandten Truppen sind in Halle eingezogen. Die Bevölkerung zeigte große Besiedigung über die Befreiung von den Terroristen. Sämtliche Weichen der Gleisanlagen des Bahnhofs sind zerstört. Der regelmäßige Zugverkehr kann erst nach Wiederherstellung der Weichen wiederreisen.

Im schlesischen Kohlengebiet macht sich, wie wir von zuständiger Stelle hören, eine lebhafte spartakistisch-bolschewistische Agitation bemerkbar, die durch Zulauf von Matrosen gestärkt wird. In der Überzeugung, daß der polnische Einfall in Oberschlesien der gegebene Zeitpunkt für die Aufrichtung der kommunistischen Herrschaft sein würde, suchen die Bolschewisten der polnischen Agitation die Wege zu ebnen. Die herrschende Ruhe im Industriegebiet ist nur äußerlich — die Stimmung der deutsch-österreichischen Schlesier soll sich immer deutlicher für einen Anschluß an Deutschland beleben, mit der Lösung „Los von Prag und von Wien!“

Gesamtausstand in Elsaß-Lothringen.

Bern, 2. März. (Dr.) Wie der Basler „Vorwärts“ aus St. Ludwig meldet, sind in Mühlhausen ernste Arbeiterkämpfe ausgebrochen. Tiefgründige der überhand nehmenden Teuerung der Lebensmittel muß mit dem Generalstreik des Landes gerechnet werden.

Sozialdemokratischer Antrag auf beschleunigte Sozialisierung von Bergwerken und Kraft erzeugenden Betrieben.

München, 2. März. (Dr.) Die mehrheitssozialdemokratische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Genossen unterzeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentumsrecht an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen allein der Nation zusteht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und Erzeugung von Energien mit möglichster Beschleunigung der öffentlichen Wirtschaftsführung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Deutschlands Beziehungen zum tschechoslowakischen Staat.

Berlin, 2. März. (Dr.) Das Ergebnis in der Untersuchung der Angelegenheit des Botschafts Schwarz vor dem deutschen Konsulat in Prag läßt bereits jetzt erkennen, daß die Presse verschiedener Länder Handlungen nachgeordneter Stellen auf das Auswärtige Amt abzuschieben sucht. Die Untersuchung nimmt ihren Fortgang. Der Stand der bisherigen Angelegenheit läßt erwarten, daß vorzüglich in den Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und dem tschechoslowakischen Staat Änderungen nicht eintreten.

Zur Lage in der Ukraine.

London, 2. März. (Dr.) Reuter meldet aus Warschau unter dem 28. 2.: Die Bolschewisten beherrschen 2/3 der Ukraine. Oberbefehlshaber Petljura steht in Unterhandlungen mit den französischen Oberbefehlshabern in Odessa wegen Hilfe gegen die Bolschewisten. Es wurden Petljura die Waffenstillstandsbedingungen ausgetragen, die Lemberg und die Delfelder in der Hand der Polen belassen.

Wortkarten der russischen Bolschewisten.

London, 2. März. (Dr.) Havas. Die Bolschewisten haben in Czajigors etwa 100 Gefangen erschossen, darunter General Kuskov und Radko Dimitrow.

Die bevorstehende Wahl zur ungarischen Nationalversammlung.

Budapest, 3. März. (Dr.) Dem vom Ministerrat gebilligten Wahlgesetz zufolge wird das Gebiet des ganzen Landes in 48 Bezirke eingeteilt, die insgesamt 418 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden. Mit Rücksicht auf die feindliche Beziehung werden nur 226 Abgeordnete gewählt werden können. Die Wahl findet am 10. April statt. Die Nationalversammlung trifft am 29. April zusammen. Die Mandate laufen ein Jahr.

Rücktritt des dänischen Ministeriums.

Kopenhagen, 1. März. Ribau. Da das Landsting den vom Folketing bereits angenommenen Gesetzentwurf betreffend sofortige Aufnahme einer Staatsanleihe abgelehnt hat, hat das Ministerium Zahlreiche demissioniert. Der König hat sich die Entscheidung vorbehalten.

Unruhen in Madrid.

Amsterdam, 1. März. Das Reutersche Büro meldet aus Madrid vom 28. 2., daß es wegen Lebensmittelangels zu ersten Unruhen kam. Schlachter- und Bäckerläden wurden gestürmt. Nach Verhängung des Standesrechts wurde die Ordnung wiederhergestellt.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetriebsverwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 1. März. Ein von sämtlichen weiblichen Mitgliedern der Versammlung eingehaltener Antrag, der sofortige Aufhebung der Hungerblockade und die Zurückgabe der deutschen Kriegsgefangenen verlangt, wurde unter Beifall einstimmig angenommen.

Darauf wurde eine von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen eingehaltene Entschließung besprochen, welche die Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte fordert.

Kolonialminister Bell: Als einen Blick in trügerische Zeiten darf ich es bezeichnen, daß in kolonialen Fragen eine erfreuliche Vereinigung zwischen der Regierung, dem Parlamente und dem Volk besteht. Die heutigen Verhandlungen bilden in ihrem zeitlichen Zusammentreffen den Willkommengruß der Heimat an die soeben eingetroffenen Ostafrikaner. Schmerzhafte Überraschung und bittere Enttäuschung bot dem deutschen Volke der Artikel 19 des Völkerbundentwurfs, der für die deutschen Kolonien unter dem Zeichen des Rechtsfriedens verschleierte Annexion bedeutet; wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl Wilsons und sind nach wie vor bereit, vor Unparteiischen über unsere koloniale Tätigkeit Rede und Antwort zu stehen. Wir sind in der Lage, eine Reihe englischer und sonstiger einwandfreier Zeugnisse darüber beizutragen, nachdem unsere Kolonialpolitik, Kolonialwirtschaft, namentlich aber unsere Eingeborenenbehandlung den Befähigungsnachweis erbracht haben. Unabweisbar und unverzichtbar ist Deutschlands Forderung nach Wiederausübung seines Kolonialbesitzes, als einer Lebensnotwendigkeit für ein 70 Millionen Volk. Darum drücke ich die Meinung nicht nur der Nationalversammlung, sondern des ganzen deutschen Volkes aus, wenn ich die dringende Erwartung ausspreche, daß im Sinn und Geiste Wilsons das Kolonialproblem bei den Friedensverhandlungen so gelöst wird, daß es dem Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit entspricht und Gewähr für einen unerschütterlichen Völkerbund und dauernden Weltfrieden bietet. (Lebhafte Beifall.) Die Entschließung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Die Gesetzentwürfe betr. Verbots des Agiohandels mit deutschen Banknoten, zur Erfassung in deutschem Privatbesitz befindlicher ausländischer Wertpapiere für den Reichsbetrag sowie zur Bekämpfung der Kapitalflucht wurden nach kurzer Debatte in allen drei Lesungen angenommen. Ein Antrag, der die Regierung ermächtigt, die zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen nötigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen anzutun, wurde ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen. Weiter ein Gesetzentwurf, durch welchen für die Leistungen, die in deutschem Reichsgebiet mit Ausnahme Elsaß-Lothringens von feindlichen Besatzungstruppen oder auf Grund von Requisitionen bewirkt wurden, Vergütung gewährt werden soll. Von Rednern aller Parteien begrüßt wurde eine Vorlage, die ein ähnliches Gesetz für die Ostgebiete verlangt. Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen angenommen. Die dritte Lesung der Übergangsgesetzes wurde nach kurzer Debatte von 1 Uhr auf 1/2 nachmittags verlegt.

Aus Stadt und Land

Thorn, 3. März 1919.

Zu den Ausschreitungen am Freitag

Schreibt uns unser Augenzeuge: Die Ausführungen des Herrn Neumann in der letzten Sitzung des Arbeiterrats über die Ereignisse am letzten Freitag sind nur geeignet, Zwietracht zwischen Arbeiterschaft und Bürgerschaft zu fören. Sie beweisen nur, daß Herr Neumann bei den Vorfällen in der Jakobstraße überhaupt nicht zugegen war, sondern sie höchstens vom hohen Balkon des Gouvernements beobachtet hat. Die Bürger der Jakobstraße beurteilen als völlig unparteiische Beobachter den Sturm auf das Militärarresthaus ganz anders. Nach den Ausführungen des Herrn Neumann war es den Sicherheitsmannschaften mit roter Binde bereits gelungen, die Befreiung der Gefangenen aus dem Militärgefängnis zu vereiteln. Tatsächlich war es aber so: Die Tumultanten waren sich

auf die Sicherheitsmannschaften, um sie zu entwaffnen, verprügelt zwei bis drei von ihnen ganz gehörig, während die andern „Reischaus“ nach der Karlstraße machten anstatt ihnen bedrängten Kameraden beizutreten. Von Sicherheitsmannschaften war in diesem Augenblick nichts mehr zu sehen, und die Befreiung der Militärgefangenen wäre den Tumultanten sicher binnen wenigen Minuten gelungen, wenn nicht in diesem höchst kritischen Augenblick das brave Festungs-Freikorps erschienen wäre. Diesem nur allein hat die gesamte Bürgerschaft es zu verdanken, daß sie vor viel größeren Unruhen und Krawallen verschont geblieben ist. Jeder unparteiische Bürger der Jakobstraße wird diese Tatsachen vor einem Gericht beschwören können. Hätte der Offiziersstochtrup nicht so energisch eingegriffen, dann wäre die Befreiung der Gefangenen gelungen und die Plünderungen in der Stadt hätten dann erst richtig angefangen. Gleich nach dem Eintreffen des Zeitungs-Freikorps wimmelte es wieder in der Jakobstraße von Sicherheitsmannschaften mit roter Armbinde, denen es bisher schwer fiel, ihre Gewehre auch nur zum Schein von der Schulter zu nehmen. Als aber der erste Schuß fiel, da wurden die Mannschaften mit der roten Armbinde geradezu kampfesfroh und feuerten, was nur ihre Gewehre halten konnten. In kurzer Zeit hatten sie keine Munition mehr und bat den vielverhakteten Grenzschutz um neue Munition und um Handgranaten. Auch erhielten sie neue Munition aus der Wohnung des Arresthausaufsehers. Und dann wurde immer lustig weiter gefeuert, so daß der Lieutenant des Freikorps in der Jakobstraße den Befehl gab, daß nur auf sein Kommando geschossen werden dürfe. Herr Becker wußte in der Arbeiterrats-Sitzung ganz genau, wieviel Schuß von dem Maschinengewehr abgegeben worden sind, nicht aber wieviel Schuß von den Sicherheitsmannschaften des Soldatenrats versetzt worden sind. Gerade durch diese sinnlose Schießerei hätte viel Unglück angerichtet werden können, wenn nicht der betreffende Leutnant des vielverhakteten Grenzschutzes die Feuerstellung des Feuers befohlen hätte. Gleich nach den ersten Schüssen waren die Tumultanten der Jakobstraße von der Bildfläche verschwunden; sie hatten sich in die Häuser gegenüber dem Arresthaus und der Jakobstraße verkrümmt, zum Teil auf die Höfe und Hinterreppen bis zum obersten Stockwerk. Als ein gerade auf Urlaub weilender Lieutenant des Infanterie-Regiments 61 dieß bemerkte, ging er mit 3 Sicherheitsmannschaften die eine Hintertreppe hoch, auf der etwa ein Dutzend von den Radabündern, meist Anführer, jetzt in großer Angst laufen. Freiwillig wollten sie das Haus nicht verlassen, weil sie ihre Verhaftung befürchteten. Die Sicherheitsmannschaften trieben sie jedoch aus dem Hause, verhafteten sie aber — man staune — nicht, sondern ließen die „Herrnen“ nach Hause gehen. In den Haustüren fand man die eilige fortgeworfenen Waffen der Radabünder, wie starke Knüppel, Schlagriemen usw. Die Bürger der Jakobstraße — und die allein konnten ja nur die Gefahr beurteilen — fühlten jedermann dem Thorner Zeitungs-Freikorps, insbesondere dem Offiziersstochtrup von Herzen dankbar für das so schone tatkräftige Eingreifen. Sie wünschen und bitten den Herrn Gouverneur, daß die Arresthauswache vorläufig weiter verstärkt bleibe und zwar möglichst durch Mannschaften des Grenzschutzes, auf die man sich — wie die Ereignisse gezeigt — in großer Gefahr verlassen kann.

Die Unruhen wurden nicht von „jungen Leuten“ verübt, sondern zum allergrößten Teil von entlassenen Soldaten, die erheblich über 20 Jahre alt gewesen sein dürfen. Und mit 20 Jahren soll man ja politisch reif sein. Herr Böhme hat es in der letzten Sitzung des Arbeiterrates als eine bekannte Tatsache hingestellt, daß Ausschreitungen des Janhagels der sozialdem. Partei an die Rocksohle gehängt werden. Von unserer Seite ist das nicht geschehen. Wenn aber schon von sozialdemokratischer Seite die Frage nach der Parteizugehörigkeit des Aufrührer aufgeworfen wird, so können wir uns mit der Gegenfrage beantworten: Sind es etwa Anhänger der bürgerlichen Parteien gewesen, die sich an dem Aufruhr beteiligt? Nach der erregten Meinung, die in der öffentlichen Versammlung der freien Gewerkschaften am Mittwoch herrschte und von einzelnen Rednern noch geführt wurde, könnten einige die Borkommissie am Freitag kaum überzeugt.

Vom deutschen Volksrat wird uns geschrieben: Die Besprechungen die im Arbeiterrat am letzten Freitag über die Unruhen in unseren Straßen stattfanden, zwingen uns zu einigen Bemerkungen. Der ruhige und sachliche Ton, mit dem Herr Neumann seine Ausführungen begann, muß anerkannt werden. Warum mich er aber im Laufe seiner Rede von dem einzuschlagenen Wege ab? Wir haben eingehende Erklärungen eingezogen und so erfahren, daß das Eingreifen der Freim. M.-G.-Komp. (gen. Offizier-Stochtrup), obwohl das Verhältnis der Offiziere zu Mannschaften wie 1 : 5 ist) unabdingt nötig war. Wer weiß, wozu es sonst noch gekommen wäre. Die richtigen Elemente hätten sich ja zusammen gefunden, diejenigen, die es mit Jubel begrüßt würden, wenn jeden Tag Revolution wäre. Nicht durch volkstümliche Ideale begeistert, auch nicht durch den Hunger getrieben, röteten sie sich zusammen, sondern allein durch die Aussicht auf Plündereien und Gewalttaten veranlaßt. Mit den vernünftigen Elementen, die auf Breden des Herrn Neumann nach Hause gingen, haben wir es hier nicht zu tun. Gegen den übrig bleibenden Janhagel dagegen waren, das wissen wir genau und das zeigt sich auch in den Worten: „Gott sei Dank, daß Ihr kommt“, mit denen sie die M.-G.-Ko. empfingen, die Sicherheitsmannschaften machtlos geworden. Sie wurden weiter und weiter zurückgedrängt und schließlich auch tödlich mit Knüppeln angegriffen. Da erst griff die M.-G.-Ko. ein, das ist natürlich dem Arbeiterrat eine willkommene Gelegenheit, gegen sie zu Felde zu

ziehen. Wozu das? Eine Reaktion braucht er nicht zu fürchten. An sie denkt in die Zeiten wahllich kein Mensch hier in Thorn. Mögen auch weitere Kreise mit ihrem Herzen noch an der alten Zeit hängen. Ein Versuch die Verhältnisse von früher wieder herbeizuführen, liegt ihnen meilenweit fern. Was wird aber den Leuten heute unter der Firma: Reaktion: alles in den Kopf hineingetrieben? Demgegenüber sei endlich einmal festgestellt, daß es mit Reaktion nicht das Geringste zu tun hat, wenn vernünftige Elemente bestrebt sind, zur Arbeit und zur Ruhe zu mahnen. Ohne beides könnten wir nun einmal nicht durch und ohne beides würden wir unser Vaterland in ein Armenhaus und ein Trümmerfeld verwandeln. Arbeit ist nötig! Ob es besser ist, vom Unternehmer oder vom Staat an die Arbeit gestellt zu werden, das haben wir in diesem Rahmen nicht zu erörtern. Wenn also ein deutsches Herz in der Brust schlägt, auch unter dem Kopf des Arbeiters, wer auf dem Standpunkte der heutigen Regierung steht, der braucht den Grenzschutz nicht zu fürchten. Wer aber zu denen gehört, die da im Trüben fischen wollen, wer da glaubt, sich ohne Arbeit durchs Leben hindurchschwimmen zu können, wer unser liebes Thor an Polen verkaufen will, der mag Front gegen ihn machen. Wozu nun die Hezkerei?

Die Tatsachen spielen sich so ab:

Dos eine M.-G. mußte schließen, weil die Sicherheitsmannschaft mit dem vordringenden Janhagel nicht fertig wurde. Es handelt sich aber nur um Schreckschüsse, die man als Ziel wurde, wie man sich noch heute überzeugen kann, die Hausfür und die Haushälter des Restaurants „Dreisäulenreich“ gewählt, weil dort keine Menschen standen. Es wurden auch nicht 250 Schuß, ein voller Salve, wie Herr Becker ergänzt, abgegeben, sondern nur 31 Schuß, wie nach dem Einrücken der Kompanie sofort festgestellt worden ist. Die übrigen M.-G. kamen überhaupt nicht zum Schuß. Die Rädelsführer ergriffen das Hasenpanier, als sie merkten, daß die Sache ernst wurde. Mit Handfeuerwaffen haben nur 4 Leute der M.-G.-K. und zwar 1 bis 4 Schuß pro Mann. Nach Aussage dieser Leute sind von ihnen auf keinen Fall Menschen gefährdet worden. Die übrigen Gewehrschüsse, die fielen, gingen von den Sicherheitsmannschaften aus, die sich ihrer Haut wehren mußten. Auch sie haben sich während dieses Vorganges einwandfrei benommen, das sei ihnen auch hier bestätigt.

Eine Vollversammlung des Arbeiterrats unter Vorsitz des Stadtrats Urbanski beschäftigte sich Freitag abend mit den kürzlichen Ereignissen vom Mittag. Dabei wurden die Opfer an Toten und Verwundeten nach der Meinung des Herrn Neumann an dem Angefeindeten des Offiziersstochtrups zugeschrieben, der, nachdem die realistische Befreiung der Militärgefangenen durch die republikanische Sicherheitskompanie schon vereitelt und die Lage nicht mehr bedrohlich erschien, ohne genügende Warnung Maschinengewehrfeuer eröffnete, wobei an den vorangegangenen Ausschreitungen ganz Unbeteiligte ums Leben gekommen oder verletzt worden sind. Herr Böhme schilderte die Vorgänge, die zur Auflösung des alten Soldatenrates führten. Seiner Ansicht nach entbehre die Auflösung des bisherigen Soldatenrats jeder reichsgerichtlichen Grundlage, da die in Frage stehenden Bestimmungen über die Neuwahl der Soldatenräte sich nur auf immobile Formationen beziehen. Redner ersuchte den Zollzugsausschuß, an die wirkliche Bevölkerung den Appell zu richten, in dieser erregten Zeit von jeder Demonstration abzusehen. Wie durch Herrn Urbanski mitgeteilt wurde, haben der Zollzugsausschuß und die sozialdemokratische Parteileitung sofort die Reichsregierung erfuhr, die alsbaldige Zurückziehung bestechungsweise Auflösung des Offiziersstochtrups zu veranlassen, und den Thüringer Soldatenrat wieder in seine alten Rechte einzusetzen.

Der Arbeiterrat gegen die zur Wiederherstellung der Ordnung aufgebotenen Truppen. Der Arbeiterrat ist an das Gouvernement mit der Forderung herangetreten, die Truppen teile aufzulösen, die an der Unterdrückung des Aufstands am letzten Freitag beteiligt waren. Diese Forderung wurde abgelehnt. Die weitere Forderung, den Soldatenrat wieder in seine früheren Rechte einzusetzen, konnte mit Rücksicht auf die Unzuständigkeit des Gouvernements in dieser Angelegenheit nicht genehmigt werden. Bugesagt wurde dagegen eine gerichtliche Untersuchung der Vorgänge. Zu dieser Untersuchung soll auch ein Mitglied des A.-Rats hinzugezogen werden. Die vom A.-Rat verlangte Beteiligung an der Aussicht über das Provinzamt wurde nicht zugestanden, jedoch in Aussicht gestellt, daß geprüft werde, in wie weit es etwa möglich sei, aus den Vorräten des Provinzamtes Lehensmittel an die Zivilbevölkerung zu überlassen.

Der Werk der sogenannten republikanischen Sicherheitswehr erhebt nach den bekannten Vorgängen, die sich am Freitag Mittag auf dem Altstädtischen Markt abgespielt, in recht zweifelhaftem Lichte. Von durchaus vertrauenswürdigen Augenzeugen wird uns versichert, daß sich mehrere Angehörige der durch die rote Armbinde gekennzeichneten Sicherheitswehr nicht im geringsten darum kümmerten, als in ihrer Nähe die Menge gegen das Geschäft des Herrn Doliva vordrang. So konnte es ungehindert geschehen, daß die Scheibe der Ladentür zertrümmert wurde. Ein Matrose, der offenbar schon die nötige Erfahrung in solchen Dingen hatte, drängte sich mit den Worten: „Warte nur, das werd' ich euch besorgen!“

vor und stieß mit seinem eisenbeschlagenen Siefel die Scheibe ein. Nach dieser Heidental verlor er schleunigst. Da die Scheibe nun keinen Schutz mehr bot, öffnete der Ladeninhaber die vorher versperrte Tür, worauf mehrere Radabüder hineinstürmten. Erst jetzt erschien auch einige Männer von der Sicherheitswehr, die Eindringlinge zum Verlassen des Geschäftes veranlaßten. Herr Doliva wurde auf seine Frage, warum nicht zur Abwehr des Ueberfalls von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, den sei, die Antwort zuteil, das sei der Sicherheitswehr nicht erlaubt. Das ist umso merkwürdiger, als die Aufrührer in dem Geschäft des Herrn Doliva verfolgten, der, wie er gefunden, wohl nicht mehr mit ganzen Knochen davongekommen wäre. Erwähnt sei noch folgendes: Während der Vorfahrt des Herrn Doliva wurde sowohl vom Arzt als auch vom Beamten aus der Versuch gemacht, den Polizeimeister durch den Herrscher um Hilfe anzuwerben. Vergebens; denn das Fernsprechamt meidete sich auf das wiederholte von beiden Seiten aus gegebene Zeichen überhaupt nicht. Wie ist das zu erklären?

— Von der Reichspolizei. Der Militärarbeiter Georg Burkert aus Thorn ist vom 1. März d. Js. ab zum Amtsgerichtsassistenten in Straßburg Westpr. ernannt.

— Evangelische Kirche. Den Präsidenten des evangelischen Konsistoriums der Provinz Westpreußen, Peter, ist die von ihm aus Gefahrenstillschlaf beginnende Pensionierung zum 1. März d. Js. bestätigt worden. Präsident Peter scheidet damit aus der Evangelischen Kirchengemeinde unserer Provinz aus, an deren Spitze er seit dem 1. Mai 1911 stand. Er wurde im Jahre 1857 in der Provinz Sachsen geboren und kam 1911 nach Danzig. Neben seiner amtlichen Tätigkeit hat Präsident Peter sich besonders die Pflege und Förderung der inneren Mission und ihrer Bestrebungen angelebt lassen. Insbesondere galt sein Interesse und seine Arbeit dem Westpreußischen Provinzialverein für innere Mission, dessen Vorsitzender Präsident Peter seit acht Jahren ist.

— Die Umgestaltung des Soldatenrats ist gemäß dem Regierungserlaß über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt und den vom Generalkommando gegebenen Ausführungsbestimmungen im Bereich des 17. Armeekorps durchgeführt. Der Korps-Soldatenrat wird aus 6 Vertretern gebildet, von denen die 35., 36. und 105. Inf-Division, die Gouvernements-Thorn und Braudenz und die Korps-Intendantur je einen entsenden. Die Wahl hierfür wurde in der Weise vorgenommen, daß von jedem Bataillon, Kavallerie-Regiment oder Artillerie-Abteilung je ein wahlberechtigter Vertreter des neuen Sowjets oder Volksrätsrates entsandt wurde, von den übrigen Verbänden auf je 500 Mann ein Vertreter.

— Die Einführung einer Reichszollverwaltung fordert in einer Denkschrift an die Deutsche Nationalversammlung der „Reichsverband Deutscher Zollbeamten e. V.“, dem über 14 000 deutsche Zoll- und Steuerbeamte aus allen Deutschen Bundesstaaten angehören. Die Ausführung der Zoll- und Reichssteuergesetze liegt zurzeit noch in der Hand der einzelnen Bundesstaaten. Zur Erfüllung von Verwaltungsmitteln und Beamtenkräften, zur Stärkung der nationalen Einheit und zum gerechten Ausgleich der Verwaltungskosten bei der Zoll- und Steuerbehörde fordert der „Reichsverband Deutscher Zollbeamten“ die Vereinigung aller bisherigen Zollverwaltungen in einer Reichszollverwaltung, die unmittelbar dem Reichsfinanzamt zugegliedert ist.

— Die Frauenehre für die Ausländerinnen der evangelischen Gemeinde hält Mittwoch, den 5. d. Ms. nachmittags 5 Uhr wieder eine Mitgliederversammlung in der Gewerbeschule ab. Es wird im Rahmen von Sänglingswäsche fortgesetzt und dabei vorgelesen.

— Die veränderte soziale Lage der „Ausländerinnen“ hat Herr Prof. Semrau als Vortragsgegenstand für eine am Mittwoch nachmittags 5 Uhr im Tivoli Saale stattfindende Mitgliederversammlung der Deutschen demokratischen Partei gewählt. Mit Rücksicht auf die wiederholten Sprengungsversuche bei öffentlichen Versammlungen der letzten Zeit, kann das Thema nur in einer Mitgliederversammlung behandelt werden, doch können auch Nichtmitglieder durch Gäste eingeführt werden und es wird allen eine freie Aussprache zugesichert. Da der Vortrag sowohl für die Hausbeamten, wie Ausländerinnen usw., als wie auch für die Personal beschäftigenden Hausfrauen großes Interesse haben dürfte, wird mit einem zahlreichen Besuch grade aus Frauenkreisen gerechnet.

— Ortsgruppe Thorn des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. In der Aula der Mädchenmittelschule, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, fand gestern nachmittag ein halb vier Uhr eine öffentliche Versammlung statt, die zur Gründung einer Ortsgruppe Thorn des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen führte. Herr Pfarrer Jost kennzeichnete in seinem Vortrage „Wie ist unser Kriegsgefangenen zu helfen?“ die Ziele dieses

Im Dezember in Berlin ins Leben gerufenen Volksbundes, dem sich in fast allen größeren Städten Deutschlands Ortsgruppen angegeschlossen haben, wie folgt: Als der Krieg zu Ende ging und die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet wurden, da hofften auch unsere Gefangenen, recht bald heimkehren zu können. Dieser hat sich ihre Hoffnung nicht erfüllt. Alle Hinweise der deutschen Unterhändler auf die traurige Lage unserer Gefangenen, auf die bittere Enttäuschung ihrer Angehörigen sowie ein Appell an das Menschlichkeit und Gerechtigkeitsgefühl prallten ab an der Hartnäckigkeit unserer Feinde. Gefangenschaft nach Kriegsende ist Sklavenarbeit. Da wirft sich gebietendisch die Frage auf: Was ist zu tun, um unseren schwer geprüften Brüdern, die für uns getitten haben, zu helfen in der Not und aus der Not. Der Volksbund zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, der aus der Empörung über diese Handlungsweise unserer Feinde am 20. Dezember 1918 entstand, will alle Hebel in Bewegung setzen, daß unsere Gefangenen allem feindlichen Widerstand zum Trotz dennoch frei werden. Er hat die deutliche Aussage ausgegeben: Heraus mit unseren Gefangenen! Der Volksbund will der eigenen Regierung wie den Feinden zeigen, daß die Herausgabe der Gefangenen die wichtigste Frage des Augenblicks und des Friedens ist. Er will die deutschen Unterhändler anspornen, daß sie sich unermüdlich für unsere Gefangenen einsetzen. Die Feinde sollen wissen, daß bei allem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch das deutsche Volk nicht gewillt ist, sich in einer Frage die Menschlichkeit betrifft, dem Willen des erbitterten Siegers zu beugen. Sie sollen es nicht wagen, unsere deutschen Kriegsgefangenen auch noch nach Friedensschluß zurückzuhalten, um sie zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien zu verwenden. Das neutrale und feindliche Ausland sollen aufgerufen werden, daß sie Einspruch erheben gegen dieses grausame Verfahren der feindlichen Regierungen und deren Gedanke von Völkerwiedergabe und Völkerfrieden in das lechte Licht stellen. Es muß zu diesem Zweck die Presse des ganzen Auslands dienstbar gemacht werden. Die zweite Aufgabe sieht der Volksbund darin, den Gefangenen in ihrer letzten und sicherlich schwersten Leidenszeit bis zur Heimförderung in die Heimat nach jeder Richtung hin Erleichterungen zu schaffen. Eine großzügige Hilfsaktion muß ins Leben gerufen werden, deren Tätigkeit sich nicht allein auf die Sammlung und Versendung von Gaben zu beschränken hat, sondern die sich vor allem für die

umgehende Aenderung der bisher für die Kriegsgefangenen gültigen Verträge, für die Verbesserung ihrer Lebensführung einzusetzen. Sie sollen nicht mehr als Gefangene, sondern als zurückgeholte Angehörige eines fremden Staates behandelt werden. Es ist keine leichte Aufgabe, die sich der Volksbund zur Lösung dieser Fragen gestellt hat und die nur gelöst werden können, wenn das ganze deutsche Volk geholt hinter ihm steht, gleichgültig ob arm oder reich, gleichviel welchem Beruf, welcher Religion oder Partei der Einzelne angehört. In dieser Frage müssen wir uns alle die Hand reichen, in dem Bewußtsein, es gilt, nach langen Jahren des Leidens und der Entbehrungen unseres Brüder die Heimat wiederzugeben. Der deutsche Gefangene trägt doppelt schwer an seinem traurigen Los, wird er aber frei, dann ist er auch doppelt froh. Darum helfen wir alle, unseren lieben Gefangenen diese kostliche Freude zu bereiten. Im Anschluß an diesen Vortrag sprachen Herr Clemens und Herr Thiel über ihre Erlebnisse in englischer bzw. russischer Kriegsgefangenschaft. Die eindrücklichen, überzeugungsvollen Schilderungen über den Leidensweg, den sie und mit ihnen Tausende unserer deutschen Brüder gegangen sind, verfehlten ihre Wirkung nicht. Herr Syndikus Voigt gab zum Schluss die Hauptpunkte der Satzungen bekannt, die einen Jahresbeitrag von 50 Pf. vorsehen. Die Versammlung erklärte sich darauf einstimmig für die Bildung einer Ortsgruppe. Der vorläufige Vorstand wurde von der Versammlung anerkannt und durch Wahl mehrerer Damen und Herren erweitert. An den Volksbund wird die Ortsgruppe Thorn eine Entschließung absenden, die folgenden Inhalt hat: Die von 400 bis 500 Angehörigen und Freunden deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen besuchte Versammlung der Ortsgruppe Thorn des Volksbundes zum Schutz der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen erheben Einspruch gegen die weitere Zurückhaltung unserer Gefangenen. Sie erachtet darin eine Maßnahme die allen Forderungen der Menschlichkeit und des Völkerrechts widerspricht. Eingedenk der Treue und Dankbarkeit, die unsere Gefangenen dem deutschen Vaterlande bewiesen haben, verlangen wir, daß der qualvolle Ungemach ihres Schicksals ein unverzügliches Ende gemacht wird. Bis dieses geschieht, ist alles zu tun, um das schwere Los der Gefangenen zu erleichtern. Nachdem Herr Pfarrer Joost unter herzlichen Dankesworten an die Erstversammlungen die Versammlung geschlossen hatte, traten zahlreiche Anwesende der Ortsgruppe bei.

— Allerhand ergötzliches für Groß und Klein gibt es bei H. Wohmann, Brückenstraße 40, zu sehen. Ein braver weißer Pudel beschämt mit seiner Hartigkeit im Einmaleins manchen Schüler. Auch mit den Spielkarten kennt er sich vortrefflich aus. Kurz er verdient den Ehrennamen des menschlich denkenden Wunderhundes, als der er den Zuschauern vorgeführt wird. Bemerkenswert ist die Kunst eines Zauberers, dem es gelingt, Eier aus der freien Luft herunter zu holen. Daz Eier verschwinden, ohne daß man weiß, wohin, erscheint einem weniger wunderbar. Wie man hört, soll das recht oft vorkommen. Doch wir wollen nicht alle Überraschungen ausplündern, die der Besucher harren, sonst sind es keine Überraschungen mehr. Wer neugierig ist, überzeuge sich am besten selbst.

— Die Hochwassermeldungen. Mit Bezug auf das zu erwartende Frühjahrshochwasser wird darauf hingewiesen, daß Hochwassermeldungen aus dem Auslande zur Zeit nicht zu erwarten sind. Das Herannahen eines Hochwassers auf dem Weichselstrom wird nur dadurch bekannt gegeben werden, daß auf den in der Nähe des Stromes errichteten Hochwasser-Signalen drei hufeisförmige Körper aufgezogen werden, sobald in Thorn ein erhebliches Steigen des Wassers beobachtet wird.

— Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle. Dienstag, den 4. März. Wolkig, wärmer, leichte Regensäule.

Tilf. Unterschlagung. Der Kaufmann einer Ragniter Firma, der den Betrag von 5000 Mark, den er zur Post bringen sollte, unterschlug, wurde in einem Tilfster Lichspielhaus verhaftet. Von dem veruntreuten Gelde wurden noch ca. 4400 Mark bei ihm gefunden. Den Rest hatte er verausgabt.

Standesamt Thorn.

Vom 27. bis 1. März 1919.

Sterbefälle: Schüler Konrad Chojacki 12 Jahre 2 Mon. Bäckergeselle Albert Peitsch 18 Jahre. Gertrud Klara Bielawski 9 Tage. Stellmacher Valentin Nikowski 86 J. Fleischer Wladislaus von Nokitnicki 57 J. 10 Mon. Janina Helene Kozlowska 2 Mon. Valentini Bandrowski, ohne Beruf 15 J. 9 Mon.

Neueste Nachrichten.

Gegen den Spartakismus in München.

München, 2. März. (Dr.) Henle wurde über München ein Flugblatt abgeworfen, dessen Inhalt u. a. besagt: Die in der Stadtkommandantur versammelten Mitglieder sämlicher Münchner Truppenteile erklären nach reißlicher Aussprache über die Vorgänge in den letzten Tagen, daß sie geschlossen hinter dem Stadtkommandanten stehen. Sie fordern, daß sofort ein rein sozialistisches Ministerium die Tätigkeit aufnimmt und lehnt es ab, mit Spartakisten und Kommunisten zu arbeiten. Weiter wird die Entwaffnung der Arbeiter gefordert und erklärt, daß die Truppen, falls diese Forderungen nicht zur Durchführung gelangen, in Verbindung mit den Soldatenräten des Landes zur Errichtung eines Ministeriums Unabhängiger, Mehrheitssocialisten und Bauernbündler oder eines reinen Gruppen-Ministeriums eintreten werden. Sie verlangen endlich eine versöhnliche Handhabung der Preszensur, die jede Partei zum Worte kommen läßt, aber alle Hetzer verbietet.

Zur Lage in Madrid.

Madrid, 2. März. (Dr.) Havas. Die Stadt ist ruhig, in den Straßen sind Patrouillen. Es wurden über 200 Verhaftungen vorgenommen. Bis jetzt sind 200 Verleute gezählt, darunter 12 Polizisten.

Wasserdrift und nicht absärbend

werden ihre Schuhe bei fortlaufendem Gebrauch von Dr. Gessner's Oelwachslederpulz

Nigrin

— Stets gleichmäßig in Qualität —

wurde während des ganzen Krieges als Oelwachsware geliefert, also keine absärbende Wassercreme.

— Auch bei strengster Kälte garantiert frostischer —

Herrsteller, auch des so beliebten Parkeboden- und Linoleumwachses „Nuberin“: Carl Seiner, Göppingen.

Brennspiritusmarkenausgabe.

Die nächste Ausgabe findet am Mittwoch, den 5. März im Verleihungsamt II, Brückenstr. 13 statt und zwar:

nur an Inhaber der Bezugsausweise für Säuglinge

von Nr. 1 bis 200 in der Zeit von 9–10 Uhr

" " 201 " 400 " " 10–11 "

" " 401 " 600 " " 11–12 "

" " über 600 " " 12–1 "

Dieselben, welche verhindert sind, die vorbezeichneten Seiten innzuhalten, werden

zwischen 1 und 2 Uhr abgesegert.

Thorn, den 3. März 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiterrat.

Achtung!

In einer Stunde liefern Bilder für Reise-Pass-Ausweise
Gebrüder Melnicki, Metzler I. Müssi. Photogr.
Mauerstraße 52, neben Nicolai.

Soeben erschien neu in 4200. Auflage

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut und Eheleute von Frauensatz Dr. med. Zikel, Berlin.

Aus dem Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Ebtäuglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten etc. — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten. Vorbeugung und Ansteckungsschutz etc. — Körperliche Leiden der Ehefrau. Ursachen und Heilung der weiblichen Geistlichkeiten. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Neuralgias und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygiene des Nervensystems etc. — Bezug gegen Einsendung von M. 2.—franco oder Nachnahme durch Medizin-Verlag Dr. Schweizer, Abt. 105, Berlin NW 87 Repkowpl. 5.

Zu kaufen gesucht:

Ein gutgehendes Manufaktions-, Konfektions- oder Puh- und Kurzwaren-Geschäft. Angebote unter Nr. 320 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kofsgrus

nicht beschlagnahmt, handelsfrei 1 empfiehlt

J. R. Goergens
Kohlenlager am Wil.
Fernruf 128.

2 kräftige

Arbeitspferde

vier und sieben Jahre alt, zu verkaufen für ca. 5000 Mark.

Erich Jerusalem, Bauaeschäft, Thorn, Brombergerstraße 10.

In der Nacht vom 25. zum 26. Februar sind von dem Nebengute in Pensau aus dem Stalle

zwei 4jährige,

starke, braune Wallache im Werte von Mk. 10000 — unter Mitnahme von Sielen, eines Fleischwagens und eines Schweines

gestohlen worden.

M. 1000.—

zahlt bei Wiedererlangung

Dom. Breitenthal bei Thorn.

Fernruf: Pensau 11. —

Berichtigung

Über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften. Vom 17. Februar 1919.

S. 1.

Jeder Arbeitgeber, welcher fünf oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintreten des Bedarfs bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, welcher sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften der beschäftigten Beschäftigungsart beschäftigt, anzumelden.

S. 2.

Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

S. 3.

Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

S. 4.

Die nach den §§ 1 und 3 meldepflichtigen Personen haben jede Bezeugung vor als offen angemeldeten Arbeitsplätzen den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzutellen.

S. 5.

Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

S. 6.

Diejenige ergangene weitergehende Verordnung der Demobilisationsbehörden über Meldevorschriften im Sinne dieser Verordnung bleibt in Kraft.

S. 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Berlin, den 17. Februar 1919.

Behördat für die militärische Demobilisierung.

Koeth.

Die Anmeldungen sind an den hiesigen städtischen Arbeitsnachweis Rathaus, Zimmer Nr. 28, zu richten.

Thorn, den 27. Februar 1919.

Der Magistrat. Demobilisierungsausschuß.

Höheres Einkommen

gewährleistet die

Leibrentenversicherung der Lebens-Versicherungsanstalt Westpreußen.

Für je 100 Mark Einzahlung beträgt die jährliche Rente

bei einem gegenwärtigen Alter von Jahren:

Mark	Pfg.	Mark	Pfg.
8	287	55	829
9	711	60	928
11	692	65	547
14	697	70	996
18	615	75	858
24	777	80	252

Tarife und Auskünfte, auch über Verbindungsrenten für Depare durch die Direktion der Lebensversicherungsanstalt Westpreußen, Danzig, Elisabethwall 9.

Hanna Modniewski
Alexander Taichert

Berlobte

Thorn, im März 1919.

Arbeiterinnen und Arbeitsmädchen

werden für eine Zuckersfabrik im Kreise Magdeburg gesucht.

Meldungen sofort im

Paritätisch städt. Arbeitsnachweis,

Rathaus, Zimmer 28.

Transport geht Donnerstag, den 6. März 1919 ab.

Gute saubere

Pflegestellen für neugeborene Kinder gesucht.

Zu erfragen im städtischen Krankenhaus.

Magistrat.

Zwiebackmarken.

Die Auegabe von Zwiebackmarken erfolgt im Umtausch gegen Brotmarken im Verteilungsaamt II, Büdenstraße 13 nur:

1. für Kinder von 1/2, bis zu zwei Jahren bis zu vierwöchentlich 2400 Gramm,
2. für Personen über 65 Jahre bis zu vierwöchentlich 900 Gr.

Im übrigen ist die Zuteilung nur auf Grund eines ärztlichen Attestes zulässig.

Thorn, den 1. März 1919.

Der Magistrat. Der Arbeitsaussch.

Bericht

über die Tätigkeit des paritätisch städtischen Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenfürsorge-
stelle.

In der Zeit vom 22.–28. Februar 1919 einschließlich haben sich beim Arbeitsnachweis gemeldet:

218 männliche Personen

89 weibliche "

Beschäftigung nachgewiesen wurde:

193 männlichen Personen

71 weiblichen

Erwerbslosen: Unterstützung haben bis einschl. 28. Februar 1919 beantragt:

71 männliche Personen

6 weibliche "

Unterstützung erhalten bzw. haben erhalten:

34 männliche Personen

1 weibliche Person.

27 Antragsteller erhielten abschlägigen Bescheid bzw. wurde die Unterstützung entzogen.

3 Antragsteller erhielten noch vor Ablauf der Wartezeit Beschäftigung.

5 Anträge wurden zurückgezogen,

8 Anträge sind noch nicht erledigt.

Thorn, den 1. März 1919.

Der Magistrat.

Erwerbslosenfürsorge.

Verdingung.

Die zum Neubau von 40 Kleinwohnhäusern erforderlichen

Bauarbeiten

und zwar
Lös I Erd- und Maurerarbeiten,
Lös II Zimmerarbeiten
sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden, wozu ein Termin auf Sonnabend, den 8. März, vormittags 11 $\frac{1}{4}$ Uhr im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 55 abveraumt ist.

Die Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift

bis zum 8. März,
vormittags 11 Uhr,
an Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus, Zimmer 18, einzureichen.

Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von

1,00 Mark für Lös I,

0,50 für Lös II

vom Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 53, woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen einzusehen sind, bezogen werden.

Alle Rechte für Verteilung der Arbeiten werden vorbehalten.

Thorn, den 27. Februar 1919.

Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft m. b. H.

Klempnerlehrlinge
stellen sofort oder später ein mit Kost und Logis oder gegen Kostgeld

Hugo Scholz,

Installation und Klempnermeister,
Mellendorfstraße 74.

caßt in jeder Menge.

F. Trautmann, Neust. Markt 16/17.

Elektrische Beleuchtungen, Lampen- und Kühleinrichtungen werden gelegt durch Hoffmann,

Neust. Markt 9 Telefon 668.

Lichterlein

Deutsche demokr. Partei.

Mitglieder-Versammlung

am
mittwoch, den 5. März, nachmittags 5 Uhr
im Tivoli-Saal.

Vortrag

des Herrn Professor A. Semrau

über

„Die veränderte soziale Lage der Hausgehilfinnen“.

Freie Aussprache.

Die Einführung von Gästen durch Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand der D. D. P. Thorn.

Arbeiter

Spediteur Knappe.
Perfette

Buchhalterin

(allerseitige Kraft), vollkommen bilanzsicher, äußerst zuverlässig, fleißig und treu, wird von sofort für ein hohes Baugeschäft sehr dauernd gesucht, Oferren mit Gehaltsansprüchen, Angabe bisheriger Stellungen und Empfehlungen werden unter M. 323 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Buchhalterin

keine Anfängerin, die Schreibmaschine bedienen und auch Stenographieren kann, per 1. 4. 19. gesucht. Bewerbungsschreiben mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an

Schuhfabrik Wiener.

Tüchtige Verkäuferin

der polnischen Sprache mächtig, zum

1. April gesucht.

J. M. Wendisch Nachf.,

Seifenfabrik.

Junge Dame

für Schreibmaschine und Steno-

graphie, keine Anfängerin, zum

1. April 1919 gesucht.

Adolf Krause & Co.,

G. m. b. H.,

Motorenfabrik, Thorn-Moder.

Ein tüchtiges

Arbeitspferd

zu verkaufen.

Zu erfragen unter A. 310 in der

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

zur Verkaufserklärung.

Thorn, den 1. März 1919.

Der Magistrat.

Erwerbslosenfürsorge.

Verdingung.

Die zum Neubau von

40 Kleinwohnhäusern

erforderlichen

Bauarbeiten

und zwar

Lös I Erd- und Maurerarbeiten,

Lös II Zimmerarbeiten

sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden, wozu ein Termin auf Sonnabend, den 8. März, vormittags 11 $\frac{1}{4}$ Uhr im Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 55 abveraumt ist.

Die Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift

bis zum 8. März,
vormittags 11 Uhr,
an Herrn Bürodirektor Koch, Rathaus, Zimmer 18, einzereichen.

Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von

1,00 Mark für Lös I,

0,50 für Lös II

vom Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 53, woselbst auch die Zeichnungen und Bedingungen einzusehen sind, bezogen werden.

Alle Rechte für Verteilung der Arbeiten werden vorbehalten.

Thorn, den 27. Februar 1919.

Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft m. b. H.

Klempnerlehrlinge

stellt sofort oder später ein mit Kost

und Logis oder gegen Kostgeld

Hugo Scholz,

Installation und Klempnermeister,
Mellendorfstraße 74.

caßt in jeder Menge.

F. Trautmann, Neust. Markt 16/17.

Elektrische Beleuchtungen, Lampen- und Kühleinrichtungen werden gelegt durch Hoffmann,

Neust. Markt 9 Telefon 668.

„Schäfchen“, Wunderhund,

der menschlich denkende

rechnet, liest und spielt Karten,

sowie der berühmte Zauberkünstler

Professor E. Neumann

sind täglich von 3–8 Uhr nachmittags Brückestraße 40 zu sehen.

Hierzu lädt ein

Mellini de Marque H. Wassmann.

Bis zur Wiederkehr des

regelmäßigen D-Zug-Verkehrs

fällt von Dienstag, den 4.

d. Mts. ab der Frühwagen

5⁰⁵ ab Wagenhalle aus.

Der erste Wagen fährt

ab Wagenhalle 605

„Biegelei“ 6¹⁰.

Keine Rückfahrten, auch Dame vom

Land oder Witwe. Eingaben mit

Bild unter J. G. 324 an die Ge-

schäftsstelle dieser Zeitung.

kleines Ausgründchen

von sofort zu kaufen oder pachten

gesucht. Angeb. unter A. 322

an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

1,78, blond,

27 Jahre, sucht Teilhaberin rentab.

Untern. in

„Geld für Gott“.

Keine Rückfahrten, auch Dame vom

Land oder Witwe. Eingaben mit

Bild unter J. G. 324 an die Ge-

schäftsstelle dieser Zeitung.

laut. Gemälde, 1,78,

27 Jahre, sucht Teilhaberin rentab.

Untern. in

„Geld für Gott“.

Keine Rückfahrten, auch Dame vom

Land oder Witwe. Eingaben mit

Bild unter J. G. 324 an die Ge-

schäftsstelle dieser Zeitung.

kleines Hans

mit Garten, Hof und Stallung

sucht zu kaufen.

Robert Philipp, Thorn-Moder,

Königstraße 24 II.